



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 75. Ratssitzung vom 14. Dezember 2023

2626. 2023/430

Weisung vom 13.09.2023:

**Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets),
Kapitalaufnahmen 2024**

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 74, Beschluss-Nr. 2626/2023).

Beschlüsse:

Antrag 042.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Michael Schmid (AL): Die Stadtpolizei nutzt den von der Kantonspolizei betriebenen Helikopter regelmässig – hauptsächlich für die Personensuche und das Crowdmanagement, die Überwachung von Besucherströmen bei Grossveranstaltungen. Beides wollen wir weiterhin zulassen. Aber die Stadtpolizei scheint eine sehr umfassende Definition einer Crowd zu haben. Darauf bezieht sich unser Kürzungsantrag. Manchmal entsteht der Eindruck, dass selbst bei Kleinstveranstaltungen mit nur ein paar Dutzend Personen, zum Beispiel bei einem Frühstück vor einer besetzten Liegenschaft, der Helikopter zum Crowdmanagement – oder vielleicht auch einfach zur Einschüchterung – beigezogen wird. Mit Sicherheit hat es auf jeden Fall wenig zu tun, wenn an kleinen Anlässen Besucherströme aus dem Helikopter beobachtet werden. Weil diese Helikopterflüge eine grosse Lärmbelastung verursachen, möchten wir sie nur bei tatsächlichen Grossveranstaltungen mit mindestens 20 000 Besuchenden erlauben. Das führt zu unserem Kürzungsantrag. Wir verlangen, dass das Budget für das Crowdmanagement per Helikopter um die Hälfte gekürzt wird. Nicht betroffen von unserem Kürzungsantrag sind Flüge für die Personensuche, für Aus- und Weiterbildungen oder diverse andere seltenere Anwendungen.

Johann Widmer (SVP): Während Kundgebungen fliegt die Stadt Zürich bei Bedarf Helikoptereinsätze, um eine bessere Lagebeurteilung aus der Luft vornehmen zu können. Die Daten aus dem Helikopter sind sehr wichtig. Würde bei einer Veranstaltung eine



Massenpanik ausbrechen oder käme es zu einer anderen Eskalation, lässt sich das Geschehen aus einem Polizeihelikopter viel besser überschauen, als wenn man sich allein auf die terrestrischen Informationen der Polizei abstützen müsste. Ein Einschreiten wäre so frühzeitig möglich. Diese Helikopterflüge sind also sehr wichtig, weshalb das Budget in diesem Punkt nicht gekürzt werden sollte.

S. 222	25 2520 3130 00 000	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Stadtpolizei Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
042.	Antrag Stadtrat				5 865 900 Mehrheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
			25 600		5 840 300 Minderheit	Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Crowdmanagement-Helikopterflüge auf Grossanlässe mit über 20 000 Besucher*innen beschränken; Kürzung um rund die Hälfte des in der Rechnung 2022 ausgewiesenen Betrags von Fr. 45 685			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 043. bis 045. (Postulat GR Nr. 2023/573)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Die Stadt baut sich zu einer Velostadt um. Bald ist es soweit, dass wir 100 Prozent Velos und 0 Prozent Autos auf den Strassen haben. Deshalb unser Kürzungsantrag. Es braucht keine Tempolimitmessungen mehr, keine Verfolgung lapidarer Überschreitungen und keine Kontrollen des ruhenden Verkehrs. Das soll nicht die Hauptbeschäftigung der Polizei sein. Wir meinen es todernst, wenn wir sagen, man könne gut und gerne bei den Radaranlagen beginnen. Warten wir diese nicht mehr. Diese Kosten können wir uns sparen. Und wenn die Radaranlagen dann nutzlos sind, können wir sie verschrotten oder wiederverwenden und sie zum Beispiel in die Ukraine exportieren. Wir stellen den Antrag, das Budget zu kürzen. Die Radaranlagen sollen nicht mehr gewartet und anschliessend anderweitig verwendet werden.*



Sven Sobernheim (GLP): Die Mehrheit ist der Meinung, dass Verkehrssicherheit ein wichtiges Gut ist und in dieser Stadt auch kontrolliert werden soll.

Derek Richter (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2606/2023): Es geht uns bei diesem Vorstoss um den Verzicht auf den Einsatz von elektronischen Aufnahmegeräten bei Automatischen Zufahrtskontrollen (AZK). Diese Geräte scannen Fahrzeugnummern und kontrollieren so, vor allem in den Kreisen 4 und 5, das Nachtfahrverbot. Wegen dieser Geräte fühlt man sich in die Zeiten Zwinglis zurückversetzt. Im Vergleich zu den stationären oder semi-stationären Radaranlagen, die in einzelnen Fällen mit Verkehrssicherheit in Verbindung gesetzt werden können, steht bei den AZK-Geräten der reine monetäre Gewinn im Vordergrund. Diese Geräte haben mit Verkehrssicherheit nichts zu tun. Es kann zum Beispiel jemand unter Drogen- und/oder Alkoholeinfluss durch ein solches Durchfahrverbot fahren. Diese Person kassiert zwar automatisch eine Busse in der Höhe von 100 Franken. Ob die Person aber den Verkehr gefährdet hat, wird nicht überprüft. Wir möchten deshalb, dass diese Kontrollen wieder vor Ort durchgeführt werden. Das Fahrverbot stellen wir nicht infrage. Aber die Verhältnismässigkeit ist nicht gewahrt.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: Das Ziel der AZK ist es, die verbotenen Einfahrten ins Nachtfahrverbot zu reduzieren und die Anwohnenden in der Nacht vor störendem Verkehrslärm zu schützen. Es geht nicht um die Verkehrssicherheit, sondern um den Verkehrslärm in der Nacht. Beim Standort Magnus-/Schöneeggstrasse zum Beispiel gilt von 22.00 bis 5.30 Uhr ein Nachtfahrverbot. Mit der AZK sind die Einfahrten von durchschnittlich 103 auf 10 Übertretungen pro Nacht zurückgegangen. Die AZK haben also eine Wirkung gezeigt. Wenn man eine ähnlich gute Wirkung mit Kontrollen vor Ort erreichen möchte, müsste man die Kadenz der Kontrollen zwischen 22.00 und 5.30 Uhr erhöhen. Dafür müssten mehrere hundert Einsatzstunden pro Monat und pro Standort eingesetzt werden. Die Stadtpolizei betreibt heute sechs AZK-Standorte. Zur momentan sehr hohen Belastung der Mitarbeitenden der Stadtpolizei würden zusätzliche Einsätze im vierstelligen Stundenbereich pro Monat dazukommen. Ich bitte Sie deshalb, das Postulat nicht zu unterstützen.

Weitere Wortmeldungen:

Derek Richter (SVP): STR Karin Rykart hat mit ihren Ausführungen gezeigt, wo sie den Schwerpunkt setzt. Es geht ihr nicht um die Sicherheit vor Ort, sondern nur um Abzocke. Dass diese Gebiete in der Nacht durch den Gewerbeverkehr quasi nicht mehr bedient werden können, nimmt sie billigend in Kauf. Die grüne Vorsteherin missbraucht hier einmal mehr das Auto als Milchkuh der Nation und sie degradiert die Polizei zur reinen Geldeintreiberin dieser Stadt. Auch das Lärmargument ist lächerlich. In diesem Gebiet gilt Tempo 30. Wie kann es da zu Verkehrslärm kommen? STR Karin Rykart ist die Si-



cherheit vor Ort egal. Es geht ihr nur um die Vertreibung und ums Abzocken des motorisierten Individualverkehrs (MIV).

Sven Sobernheim (GLP): Bei den AZK geht es nicht um Abzocke. Sie sind eine Gegenmassnahme, weil – als Sparmassnahme – die Barrieren abgebaut wurden. Wir haben jetzt also eine günstigere Massnahme, die denselben Zweck erfüllt.

Michael Schmid (AL): Diese Anträge sind absurd. Es ist unverständlich, wie die Radaranlagen nicht mehr gewartet, dann verschrottet und/oder später in die Ukraine geliefert werden sollen – und das alles auch noch kostenneutral. Ausserdem verstehe ich nicht, weshalb die SVP, die sich sonst als «Law-and-Order»-Hüterin aufspielt, beide Augen zudrücken will, wenn Autofahrer durch Wohnquartiere fahren, damit Leben gefährden und übermässig Lärm verursachen.

Markus Knauss (Grüne): Ich richte mich an die SVP-Fraktion und frage euch: Wollt ihr euch wirklich mit solchen Anträgen und Voten in der Öffentlichkeit darstellen?

Stephan Iten (SVP): Markus Knauss (Grüne), du bist die falsche Person, um uns diese Frage zu stellen und uns Vorwürfe zu machen. Und ja, wir haben uns gestern für die Stadtpolizei eingesetzt und nicht für stadtpolizeiliche Roboter. Das ist ein Unterschied. Jetzt sprechen wir von Anwohnerschutz. Diskutiert man mit den Leuten und dem Gewerbe an der Langstrasse, hört man, dass nicht der Autolärm, sondern der Partylärm stört. Und komischerweise führt man genau in dieser Partymeile ein Nachtfahrverbot zum Schutz der Anwohnenden ein. Wenn Sven Sobernheim (GLP) sagt, die Verkehrssicherheit sei ein wichtiges Gut, möchte ich erwidern: Es werden Blitzkästen aufgestellt. Und welche Verkehrsteilnehmer werden damit kontrolliert? Nur die einen. Ich erinnere mich noch an die Antwort auf eine Schriftliche Anfrage zum zusätzlichen Blitzkasten am Bucheggplatz. Darin hiess es, dieser habe mit der Verkehrssicherheit zu tun. Wenn ich aber am Bucheggplatz vor dem Rotlicht stehe, fahren rechts und links die Velofahrer über das Rotlicht. Wir sprechen also von Verkehrssicherheit, wenn ein Verkehrsteilnehmer kontrolliert wird, der sich grossmehheitlich an die Regeln hält, während man andere, die die Verkehrssicherheit missachten, gewähren lässt. Seid wenigstens so ehrlich und gebt zu, dass ihr die Blitzkästen wollt, um das «Stadtkässeli» zu füllen. Die SVP fordert keine automatischen Verkehrskontrollen, sondern Kontrollen vor Ort – und zwar so, dass sämtliche Verkehrsteilnehmer gleichbehandelt, gleich kontrolliert und gleich gebüsst werden.

Andreas Egli (FDP): Wir sind mit der SVP einig, dass es nicht bei allen Radaranlagen nur um die Verkehrssicherheit geht. Wenn heute aber gleiches Recht für alle gefordert wird, ist es schizophren, gleichzeitig zu verlangen, dass alle Blitzer beseitigt werden sollen. Letztlich dienen die Blitzer tatsächlich der Einhaltung der vorgeschriebenen Geschwindigkeit durch die Automobilistinnen und Automobilisten. Diesbezüglich steht es nicht nur zum Besten. Aber es steht auch bei den Velofahrenden bei der Einhaltung der Verkehrsregeln nicht nur zum Besten. Die Rechtsordnung gilt unabhängig davon, ob



man diese im Einzelfall super findet. Deshalb geht es nicht an, zu kritisieren, wenn STR Karin Rykart die Einhaltung dieser rechtsstaatlich beschlossenen Massnahmen umsetzen will. Wir hatten in diesem Rat darüber gestritten, ob die automatischen Kameras besser sind als Barrieren. Jetzt haben wir die Blitzlichtautomaten. Ich hatte damals schon gesagt, dass deshalb die eine oder andere Busse ausgestellt werden muss. Aber wenn wir heute hören, dass sich die Bussen von 100 auf 10 pro Nacht reduziert haben, sind wir in einem einigermassen vernünftigen Verhältnis. Das lässt sich rechtfertigen.

S. 222	25 2520 3151 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
043.	Antrag Stadtrat				1 528 900	Mehrheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			530 000		998 900	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referat
			Begründung: Radaranlagen nicht mehr warten			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 044.

Wortmeldungen siehe Antrag 043.

S. 222	25 2520 3151 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
044.	Antrag Stadtrat				1 528 900	Mehrheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)



500 000 2 028 900 Minderheit Johann Widmer (SVP)
Referat

Begründung: Kosten für die Verschrottung aller Radaranlagen und das Pflanzen von neuen Bäumen an deren Stelle. Die Verschrottung wird gemäss Stadtrat nichts kosten, da man die Radaranlagen beim Aufbau in der Ukraine einsetzen kann.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 046. bis 047a. (Postulat GR Nr. 2023/574)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2607/2023): Man sollte immer die Budgetklarheit und die Budgetwahrheit pflegen. Wenn nun einfach 60 Millionen Franken für Ordnungsbussen ins Budget eingesetzt werden, ist das ein Problem. Es werden Erfahrungswerte ins Budget übernommen. Eigentlich müsste man davon ausgehen, dass gar keine Ordnungsbussen ausgestellt werden, wenn sich die Bürger korrekt verhalten. Ordnungsbussen sollten etwas Ausserordentliches sein. Deshalb geht es nicht, dass solche Beträge als ordentliche Beträge ins Budget aufgenommen werden. Es ist ein ausserordentlicher Ertrag, der erst später in der Rechnung ausgewiesen werden sollte. Für die Erreichung des Budgetziels werden sonst immer noch mehr Blitzkästen aufgestellt. Zum Aspekt der Verkehrssicherheit lässt sich noch Folgendes sagen: Wenn man als Autofahrer sklavisch darauf achten muss, dass man nicht zu schnell fährt, ist man abgelenkt. Dazu kommt: Die Velofahrer können sich erlauben, was sie wollen. Ich musste schon eine Vollbremsung machen, weil ein Velofahrer das Rotlicht überfahren hat. Die Velofahrer stellen auch ein Sicherheitsrisiko dar. Nicht, weil der Autofahrer bei einer Kollision zu Schaden kommt, sondern weil sie mit ihrem Verhalten Unfälle provozieren. Das ist der Grund für unseren zweiten Antrag, der fordert, die Velofahrer stärker in die Pflicht zu nehmen. Dort könnte man ruhig ein bisschen mehr budgetieren. In diese Richtung geht auch das Postulat, das diese beiden Anträge unterstützt.

Sven Sobernheim (GLP): Die SVP will die budgetierten Busseneinnahmen von 61 auf 30 Millionen Franken kürzen. In diesem Konto sind ungefähr 18 Millionen Franken für Geschwindigkeitsübertretungen, 24 Millionen Franken für Rotlichtmissachtungen und 23 Millionen Franken von der Frontmannschaft eingeplant. Es ist völlig unklar, wo gemäss Antrag die 30 Millionen Franken eingespart werden sollen. Über Rot zu fahren, ist ein Verkehrssicherheitsproblem und in den 23 Millionen Franken ist auch meine Busse in der Höhe von 40 Franken enthalten, die ich als Velofahrer für den Rollstopp bezahlen musste. Werden die Kontrollen des ruhenden Verkehrs gestrichen, werden auch die Velobussen gestrichen. Im zweiten Konto sollen 5 Millionen Franken gestrichen werden.



Bei 3 Millionen Franken handelt es sich um Verzeigungen, also Geschwindigkeitsübertretungen von mehr als 16 km/h. Wenn man argumentiert, es werde immer sicherer, die Autofahrer immer korrekter und man müsse auch vom Guten ausgehen, möchte ich festhalten: Im Jahr 2020 waren noch 20 Millionen Franken für Rotlichtmissachtungen budgetiert, heute sind es 24 Millionen Franken. Die Annahme des Postulats, dass es besser wird, ist nicht korrekt. Und allgemein: Budgets sind hier keine Zielwerte, sondern Orientierungsgrössen aufgrund von Erfahrungswerten. Wenn in der Rechnung 20 Millionen Franken zu wenig ausgewiesen werden, weil die Stadtpolizei weniger Bussen ausgestellt hat, sagt niemand etwas. Würden 20 Millionen Franken weniger ausgewiesen, weil keine Rotlichtanlagen repariert wurden, gäbe es andere Fragen. Die Anträge der SVP sind Symbolpolitik.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): *Sven Sobernheim (GLP) verwechselt Zielwert und Budgetwahrheit und Budgetklarheit. Es ist hier ein Zielwert und nicht einfach ein Erfahrungswert. Und es ist klar: Werden die Bussen als ordentliche Beträge eingesetzt, können damit natürlich wieder Ausgaben finanziert werden, wie zum Beispiel Radarkästen, die dann wiederum dabei helfen, die Budgetziele zu erreichen oder sogar zu übertreffen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Es gibt keinen Grund, den budgetierten Betrag für Bussen zu halbieren. Falls es Befürchtungen gibt, dass der budgetierte Betrag von 61,6 Millionen Franken unbedingt erreicht werden muss, kann ich Sie beruhigen: Das ist nicht der Fall. Der budgetierte Betrag für Bussen ist ein Erfahrungswert und keine Vorgabe an die Stadtpolizei, die sie erreichen muss. Wir haben in diesem Jahr bereits jetzt mehr Busseneinnahmen als budgetiert, daher liegen wir mit 61,6 Millionen Franken im richtigen Bereich.*

S. 223		25	SICHERHEITSDEPARTEMENT			
		2520	Stadtpolizei			
		4270 00 000	Bussen			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
046.	Antrag Stadtrat				-61 600 000	Mehrheit
				30 000 000	-31 600 000	Minderheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP) Johann Widmer (SVP) Referat



Begründung: Weniger Bussen bei den Autofahrenden einziehen, sondern nur dort, wo es der Verkehrssicherheit dient; keine Bussen bei der Kontrolle des ruhenden Verkehrs (Parkbussen)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 047.

Wortmeldungen siehe Antrag 046.

S. 223	25 2520 4270 00 000	SICHERHEITSDÉPARTEMENT Stadtpolizei Bussen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				-61 600 000 Mehrheit	Sven Sobernheim (GLP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
			5 000 000		-66 600 000 Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
			Begründung: Velofahrende stärker büssen; Kontrollen verstärken, damit die Zahl der Unfälle und Toten sinkt. Wenn die Stadt zur «Velostadt» umgebaut werden soll, dann muss man geeignete Massnahmen ergreifen. Es soll auch mehr Velopolizei eingesetzt werden; Personal zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs (KRV) umzuschulen ist kostenneutral.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 108 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 048.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Sven Sobernheim (GLP): Im Jahr 2019 hat der Rat grossmehrheitlich ein Postulat an den Stadtrat überwiesen, nachdem er die Gebühren für Free-Floating-Fahrzeuge in der



Stadt Zürich eingeführt hatte. Im Postulat sprachen wir uns dafür aus, dass wir mit den Free-Floating-Fahrzeugen kein Geld verdienen, sondern nur die Kontrollkosten decken wollen. Heute sprechen wir nur noch über Zweirad-Fahrzeuge, namentlich E-Trottinette und Velos. Der Stadtrat hat bereits kommuniziert, dass er in der Innenstadt nur noch Parkfelder zulassen will. Es soll dort also auf ein Hybridsystem umgestellt werden. Velos und Trottinette können dannzumal nur noch innerhalb der markierten Parkfelder abgestellt werden und nicht mehr überall in der Stadt. Es stellt sich also die Frage, ob wir überhaupt noch von einem stationslosen Fahrzeugverleih sprechen können, wenn man nun vorschreibt, in einem Parkfeld zu parkieren. Es stellt sich weiter die Frage, weshalb man sagt, man müsse damit noch Geld verdienen. Eine Mehrheit ist der Ansicht, man solle die Kosten decken und vor allem jene Anbieter belohnen oder nicht weiter bestrafen, die sich an die Regeln halten. Jene also, die Parkfelder nutzen und mit den Trottinetten nicht die Trottoirs blockieren. Deshalb beantragen wir die Halbierung der Gebühren. Noch zwei Worte zur Haltung der GLP: Wir stellen immer noch infrage, ob das Verwaltungsgerichtsurteil, das den gesteigerten Gemeingebrauch dazumal bestätigt hat, rechtlich überzeugt. Man konnte es leider nie durch das Bundesgericht überprüfen lassen, weil der Anbieter «Smide» als unterlegene Partei bereits Konkurs war. Hätte man das Urteil weitergezogen, wäre es nicht gut gekommen, denn es war ein ziemlicher Schnellschuss.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Die Minderheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) sieht – zumindest zum jetzigen Stand – keinen Handlungsbedarf. Nach dem Verursacherprinzip müsste man eigentlich Falsch-Absteller mit einem höheren Tarif belasten. Aber Anreize zu schaffen, ist natürlich ein positiverer Ansatz als Bestrafung. Für etwas, das selbstverständlich sein sollte, wollen wir keine Anreize schaffen. Auch die Überprüfbarkeit ist kritisch zu hinterfragen. Anhand welcher Kriterien werden reduzierte Gebühren ermittelt? Anhand von Meldungen, Anzeigen, Augenschein? Wer soll das überprüfen? Bestrafung und Belohnung sind in der Umsetzung gleich aufwendig. Deshalb soll lieber der Status quo beibehalten werden.

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): Die SP ist sehr offen für die Förderung neuer Mobilitätsformen. Gleichzeitig ist es uns wichtig, dass Fussgängerinnen und Fussgänger sowie insbesondere Personen mit einer Mobilitätsbehinderung, nicht durch die neuen Mobilitätsformen gestört werden. Bei den Trottinetten besteht heute tatsächlich das Problem, dass sie an allen möglichen und unmöglichen Orten abgestellt werden. Dies soll aber nicht dazu führen, dass man die neuen Mobilitätsformen verbietet oder übermässig Gebühren einführt bzw. hochhält. Uns ist wichtig, dass eine Gebührenerkung, wie sie mit dem Antrag vorgeschlagen und von der SP auch unterstützt wird, klar unter der Bedingung und Auflage gemacht wird, dass sich die Anbieter der Trottinette an die Regeln halten und sicherstellen, dass die Regeln eingehalten werden. Man soll diese Gebührenerkung machen, sofern und sobald sichergestellt ist, dass die Anbieter ihre Trottinette so parkieren oder parkieren lassen, dass sie nicht mehr im Weg stehen.



Michael Schmid (AL): Mit der Begründung von Florian Utz (SP) fände ich den Antrag tatsächlich sinnvoll. Aber der Antrag, über den wir abstimmen, ist ein anderer. Er beinhaltet nur den Gebührenerlass. Wie dieser automatisch sicherstellen soll, dass die Trottinette nicht mehr an unpassenden Orten abgestellt werden, ist mir gänzlich unklar. Dafür bräuchte es klare Vorgaben, die durchgesetzt werden können und durchgesetzt werden. Solange wir diese Vorgaben nicht haben, ist es sinnlos, diese Gebühren zu senken. So wird die Gebührenreduktion einfach den Anbietern geschenkt, von ihnen eingestrichen und für den weiteren Ausbau der Flotte verwendet. E-Trottinette ersetzen im Übrigen vor allem Fusswege und Fahrten mit dem öffentlichen Verkehr. Die Umweltbilanz ist gleichzeitig schlechter. Daher ergibt es auch ökologisch keinen Sinn, diese Mobilitätsart mit einem Gebührenerlass zu fördern.

S. 224	25 2520 4472 00 000	SICHERHEITSDEPARTEMENT Stadtpolizei Vergütung für Benützungen Liegenschaften VV				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
048.	Antrag Stadtrat				-15 218 000	Minderheit
				300 000	-14 918 000	Mehrheit
		Begründung:	Gebühren für Free-Floater sollen für jene Anbieter auf ein kostendeckendes Niveau gesenkt werden, die effektiv sicherstellen, dass ihre Fahrzeuge nicht auf störende Weise (z. B. inmitten von Trottoirs) parkiert werden; daher Halbierung der Einnahmen von Fr. 600 000 auf Fr. 300 000			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 25 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 049.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Michael Schmid (AL): In den letzten zehn Jahren haben sich die Velofrequenzen an den Zählstellen fast verdoppelt und ungefähr im gleichen Umfang haben leider auch die Unfälle zugenommen. Ich höre bereits die Argumente der Gegenseite, dass die Velofahrenden ihre Eigenverantwortung wahrnehmen sollen, sie seien schliesslich selbst schuld



an den Unfällen. Dass insbesondere schwere Unfälle von den Velofahrenden nicht selbst verursacht sind, scheint nebensächlich zu sein. So oder so: Wir Politikerinnen und Politiker sollten unsere Verantwortung wahrnehmen und dafür sorgen, dass die Infrastruktur so gestaltet wird, dass sie Fehler verzeiht. Denn Fehler passieren uns allen. Der Fokus soll insbesondere auf den Verkehrsknoten liegen. Dort, wo es am gefährlichsten ist und die Veloinfrastruktur gleichzeitig immer noch abrupt aufhört.

Johann Widmer (SVP): *Eine Minderheit sieht das anders und findet, dass schon genug gemacht wird und es deshalb keine zwei zusätzlichen Stellen braucht.*

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): *Die GLP ist gegen den Antrag, obwohl uns die Veloförderung ein wichtiges Anliegen ist. In der Dienstabteilung Verkehr (DAV) wurden in den letzten Jahren zehn Stellen fürs Velo geschaffen. Das sind rund zehn Prozent aller Angestellten in der DAV. Die Antworten der vierten Lesung zeigten: Wenn es schneller gehen soll, betrifft das vor allem die Fachgruppe Fachsupport, also Markierungen und Planerstellung sowie die Logistik. Erst später in den Antworten ist von der Unfallprävention die Rede. Es ist deshalb nicht ganz klar, warum wir jetzt wieder über neue Stellen für die Velosicherheit sprechen und nicht über Handwerker, die anpacken. Diese bräuchte die DAV eher als noch einen weiteren Planenden.*

Stephan Iten (SVP): *Ich staune einfach, welche Stellen man dem Stadtrat ständig aufdrücken will. Ich erinnere mich noch, dass dem Stadtrat sechs Stellen aufgezwungen wurden, um Velowege zu realisieren. Der ehemalige STR Richard Wolff sagte damals, er habe genug Leute und brauche keine zusätzlichen Personen. Aber er musste die Stellen nehmen und sie irgendwie besetzen. Jetzt werden wieder zwei zusätzliche Stellen gefordert, es gibt damit ständig mehr Leute fürs Velo und die Velosicherheit. Wenn wir die Statistik anschauen, sind viele Velounfälle selbst verursacht. Zum Beispiel verunfallten Velofahrer, weil sie in ein Gleis fahren. Was haben Velofahrer auf den Gleisen zu suchen? Die beiden zusätzlichen Stellen bringen nichts, wenn Selbstunfälle die Hauptunfallursache sind. Aber ihr fordert einfach Stellen, die der Stadtrat nicht braucht. Dann werden sie vielleicht besetzt, bewirken tun sie aber nichts. Im Gegenteil: Die Mitarbeitenden trampeln sich gegenseitig auf den Füßen herum. Wir haben vom Tiefbauamt schon oft genug gehört, dass zu viele Leute an diesem Kuchen mitbacken. Zusätzliche Stellen bringen nichts – stocken wir stattdessen bei der Polizei auf, dort haben wir Personal nötig.*

Michael Schmid (AL): *Die Aussage, dass sich die Leute auf den Füßen herumstehen würden und dies bei der Polizei dann nicht der Fall wäre, ist völlig aus der Luft gegriffen. Tramschienen sind jedoch tatsächlich eine häufige Unfallursache und das unterstreicht unsere Forderung, dass die Infrastruktur ein Problem ist. Am Escher-Wyss-Platz zum Beispiel führt die offizielle Veloführung über all diese Tramschienen, am Limmatquai ebenso. Kein Wunder gibt es Unfälle. Und Sven Sobernheim (GLP), wenn es nur daran*



liegt, dass wir zu wenig Leute haben, um die Markierungen auf den Boden zu bringen, dann wäre es ja eine gute Gelegenheit für einen Auftrag der Stadt an ein KMU, wie es in dieser Budgetdebatte auch schon gefordert wurde.

Dr. Bernhard im Oberdorf (SVP): Es liegt einfach ein Grundlagenirrtum vor. Es braucht in der Tat keine neuen Stellen. Stattdessen müssten mehr Schulungen für Velofahrer durchgeführt werden, damit sich diese korrekt verhalten. Das kann mit dem bestehenden Personal erreicht werden.

Marco Denoth (SP): Es wird viel von Velofahrenden gesprochen, die einfach so stürzen. Ich oute mich: Ich bin vor eineinhalb Jahren auf dem Weg in den Gemeinderat gestürzt. Ich erlitt einen siebenfachen Schädelbruch, ein mittelschweres Schädel-Hirn-Trauma usw. Der Unfall geschah an einem Ort, der noch niemand angeschaut hat, der aber gefährlich ist. Wie der Unfall geschehen ist, weiss ich leider nicht mehr, auch nicht, ob allenfalls ein Fahrzeug mitinvolvert war. Denkt während euren Voten bitte auch an Menschen wie mich.

Urs Riklin (Grüne): Ich möchte dem Märchen und der Propaganda der SVP entgegenhalten, die immer nur die Velofahrenden als Regelbrechende darstellt. Das stimmt so nicht. Ich meine, es kommt nicht darauf an, welches Verkehrsmittel ein Mensch nutzt, um sich nicht adäquat zu verhalten. Auch Autofahrende befolgen die Verkehrsregeln nicht immer. Dies zeigte sich kürzlich zum Beispiel bei einem Auto, das auf dem Trottoir fahrend in eine Strasse eingebogen ist oder bei den Autos, die sich während des Tages im Fahrverbot auf der Langstrasse stauen.

S. 238		SICHERHEITSDEPARTEMENT				
25		Dienstabteilung Verkehr				
2555		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
3010 00 000		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
049.	Antrag Stadtrat			13 573 300	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP)
			119 000	13 692 300	Mehrheit	Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung: Schaffung von 2 Stellen Velosicherheit (allgemein wie auch in Bezug auf die Umsetzung der Velorouten), Kosten bei einer erstmaligen Besetzung ab Juli 2024 (künftige jährliche Kosten Fr. 238 000)				



Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.

GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 050. und 051.

Ausstand: Marita Verballi (FDP)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag Sturzenegger (AL): *Ich beginne mit der Stelle im Departementssekretariat des Gesundheits- und Umweltdepartements (GUD). Zur Ausgangslage heisst es in der Planstellenschaffung, dass das Stadtspital entweder in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ausgegliedert oder als «Dienstabteilung PLUS» (DA PLUS) weitergeführt werden soll. Die Umsetzung der beiden Varianten sei mit grossem Aufwand, Abklärungen und Schnittstellenmanagement verbunden. Zu dieser Stellenausgangslage muss noch ergänzt werden, dass das GUD bereits Anfang des Jahres 2023 eine Person aus dem Stadtspital ins Departementssekretariat transferiert hat. Via Stellenbeschrieb liess sich herausfinden, dass diese Person Mitarbeiterin der neuen Projektleitungsstelle werden würde. Wir wissen alle, dass die Weisung zum Postulat GR Nr. 2021/404 aktuell in der Sachkommission Gesundheits- und Umweltdepartement (SK GUD) in der Beratung ist und erst im Jahr 2024 im Rat behandelt werden wird. Zur Erinnerung: Das Postulat verlangt einen Bericht, in dem verschiedene Möglichkeiten von Rechtsformen des Stadtspitals dargestellt werden. Nebst der Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt soll der Bericht weitere Varianten aufzeigen, wie dem Stadtspital auf anderen Wegen einen grösseren unternehmerischen Handlungsspielraum gewährt werden könnte. Der Begriff DA PLUS wird weder im Postulat noch im Bericht erwähnt. Das ist eine Definition, die sich das GUD selbst zurechtgelegt hat. Wir behandeln heute nicht diese Weisung. Aber eine Ziffer, die Dispositivziffer 3 des Antrags des Stadtrats, ist ein Schlüsselargument gegen die geplante Stelle. Unter der Ziffer 3 heisst es, «es wird zustimmend zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat unter Einbezug aller Interessensvertretungen eine Vorlage zur Ausgliederung des Stadtspitals Zürich in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ausarbeitet.» Was mit diesem Postulat verlangt wurde, ist ein gegenüberstellender Bericht, keine Weisung zur Auslagerung. Die Ziffer 3 ist nicht durch dieses Postulat ausgelöst worden. Sie zeigt das Interesse des Stadtrats, den Weg einer Auslagerung zu beschreiten. Weil diese Ziffer auf keiner Forderung des Postulats beruht, besteht auch*



keine Veranlassung, bereits Stellen zu schaffen. Es gibt keinen Auftrag. Jetzt spreche ich für die AL: Unsere Position ist klar. Es wird hier an einem nicht vorhandenen Auftrag gearbeitet, was wir nicht tolerieren; weder für eine Auslagerung noch für eine «DA PLUS». Wiederholt hat der Stadtrat im Rahmen der Budgetlesungen gesagt, dass er auch im Fall einer Streichung der entsprechenden Dispositivziffer an der Schaffung dieser Stelle festhalten würde. Das ist für uns unhaltbar. Ich komme noch zum Antrag 051. Dort geht es nicht um eine Stelle, sondern um Ausgaben in Bezug auf dieselbe Auftragslücke. Wir beantragen, die budgetierten 50 000 Franken für Honorare und externe Beratungen zu streichen. Auch hier möchte ich nicht unerwähnt lassen, dass bereits in den Jahren 2022 und 2023 Ausgaben an Firmen getätigt wurden, die sich mit der Spitalstrategie beschäftigten. Die oder eine Strategie für das Stadtspital Zürich zu finden, beschäftigt das Stadtspital und das Departement schon so lange, dass sich die Ausgaben für Abklärungen in diese Richtung in den letzten drei Jahren aufsummiert haben. Die Fragestellungen haben sich vielleicht geändert. Aber jeder Franken, der dafür ausgegeben wird, ist zu viel und könnte sinnstiftender ins Kerngeschäft des Stadtspitals investiert werden.

Sven Sobernheim (GLP): *Gestern Abend hat der Gemeinderat der Stadtpräsidentin vorgeworfen, sie kümmere sich nicht um die Weiterentwicklung der Stadtverwaltung. Jetzt wirft die Minderheit dem Vorsteher des Gesundheits- und Umweltsportaments vor, dass er sich um die Weiterentwicklung seines Stadtspitals kümmert. Egal, ob der Gemeinderat sagt, dass es eine öffentlich-rechtliche Anstalt gibt oder nicht, es braucht diese Weiterentwicklung. Diese Person wird dann einfach anders arbeiten oder einen anderen Zielauftrag haben. Ich hatte in der Beratung in der RPK irgendwann das Gefühl, dass die Minderheit die Chefärzte eigentlich am liebsten direkt dem Gemeinderat unterstellen würde und die Spitaldirektion und den Stadtrat dazwischen ausschalten möchte. Das ist eine Struktur, die die Mehrheit ablehnt. Der Stadtrat soll die Möglichkeit erhalten, das Spital weiterzuentwickeln und es auf gesunde Beine zu stellen.*

Weitere Wortmeldungen:

Florian Utz (SP): *Die SP stimmt mit dem Antrag der AL. Wir machen das aber explizit mit einer anderen Begründung. In Bezug auf die Ausgliederung sind einige Parteien schon klar positioniert. Die bürgerlichen Fraktionen befürworten diese und stimmen deshalb folgerichtig für die neue Stelle, die AL positioniert sich gegen die Ausgliederung und stimmt deshalb folgerichtig gegen die neue Stelle. Die SP hat noch keinen Fraktionsentscheid gefällt. Bei uns sind alle möglichen Optionen auf dem Tisch: die Ausgliederung, die «DA PLUS» sowie der Status quo. Bei uns werden alle Optionen ohne Scheuklappen und ergebnisoffen geprüft. Wir sind im Moment mitten in dieser Prüfung und genau deshalb wollen wir heute nicht in die eine oder in die andere Richtung vorspuren. Bei einem Teil dieser Optionen wird die neue Stelle notwendig sein, bei einem anderen Teil wird die Stelle nicht notwendig sein. Wenn wir am Ende eine Ausgliederung befürworten, braucht es diese Stelle, dann werden wir ihr auch zustimmen, gleichzeitig mit der*



Weisung. Einen Antragskredit wird man zusammen mit der Weisung beschliessen können. Bei einer «DA PLUS» hängt es von der Ausgestaltung ab, inwieweit eine neue Stelle sinnvoll ist oder nicht. Wir wollen heute nicht in die eine oder andere Richtung einen Vorentscheid fällen. Deshalb lehnen wir die Stelle heute ab, damit wir im Rahmen der Weisung darüber entscheiden können.

Julia Hofstetter (Grüne): *Auch wir sind ergebnisoffen und wollen uns alle Optionen offenhalten, deshalb sind wir für diese Stelle. Deren Ausgestaltung soll ja nur dann erfolgen, wenn der Gemeinderat über die Zukunft des Stadtspitals zu einem Entscheid gekommen ist. Die Diskussion über die Frage, ob das Stadtspital eine Dienststelle bleibt oder eine öffentlich-rechtliche Anstalt wird, wird jetzt in der zuständigen Kommission geführt. Wir Grünen möchten ein Spital, das für alle da ist, in dem die Menschen gerne und motiviert arbeiten, weil die Arbeitsbedingungen gut sind. Wir prüfen die Optionen genau. Bei der geforderten Stelle geht es darum, dass der Stadtrat und das zuständige Departement nach erfolgtem Gemeinderatsentscheid weiterarbeiten können. Es gibt Handlungsbedarf, wenn das Stadtspital in eine öffentlich-rechtliche Anstalt umgewandelt wird. Es gibt aber auch Handlungsbedarf, wenn es eine Dienststelle bleibt. Deshalb sehen wir keinen Grund, diese Stelle vorerst oder für immer zu streichen oder die nötigen Mittel nicht zu bewilligen. Die Haltung der Grünen ist damit noch nicht preisgegeben – wir stecken noch mitten in den Diskussionen über die Rechtsform. Wir wollen, dass das Stadtspital alle Handlungsoptionen ausschöpfen kann, dass es weiterhin eine Pionierrolle als guter Arbeitgeber einnehmen kann, es weiterhin für alle da ist und einen ausgezeichneten Service public bietet.*

David Ondraschek (Die Mitte): *Unabhängig von der Rechtsform sind Veränderungen beim Stadtspital notwendig. Das Stadtspital wünscht sich mehr Handlungsspielraum und soll auch mehr Handlungsspielraum erlangen, deshalb braucht es diese Stelle – unabhängig davon, ob es in Richtung Ausgliederung geht oder in Richtung mehr Spielraum innerhalb des Verwaltungsapparats.*

Dr. David García Nuñez (AL): *Ich wurde im Vorfeld gebeten, keine Spitaldebatte zu eröffnen. Ich habe versprochen, dies nicht zu tun, wenn man mich nicht triggert. Nun hat mich aber in erster Linie Julia Hofstetter (Grüne) getriggert. Die Kommission berät nicht die zukünftige Rechtsform des Spitals, sondern einen Bericht. Die Weisung für die Auslagerung muss der Stadtrat noch vorlegen. Es geht hier nicht nur um die Kosten dieser Stelle oder um die 50 000 Franken. Es handelt sich um die Krönung eines langen, störrischen Wegs des Stadtrats. Er gibt sich selbst einen Auftrag, den niemand braucht. Wir brauchen diese Ausgliederung nicht. Der finanzielle Erfolg des Stadtspitals zeigt sich bereits jetzt bzw. seit Jahren – auch dank der Interventionen des Gemeinderats. Der finanzielle Erfolg hängt nicht von der Rechtsform eines Spitals ab. Es sind Governance- und Personalfragen sowie die Patient*innen, die im Vordergrund stehen. Problematisch ist auch der Preis des bisherigen Wegs. Seit sechs Jahren wird Geld in Auslagerungsfantaisien investiert. Die Investitionen gehen in Millionenhöhe. Jetzt kommen noch zwei Stellen dazu: Eine wurde bereits vom Stadtspital ins Sekretariat des GUD verschoben, jetzt*



soll noch eine zweite hinzukommen. Dabei gibt es seit sechs Jahren keine Anhaltspunkte, die darauf hindeuten würden, dass der Rat einer Auslagerung zustimmen würde. Von ganz links bis ganz in die Mitte sowie die Gewerkschaften – alle sind dagegen. Niemand möchte 500 Millionen Franken in eine Auslagerung stecken. Stellen Sie nicht solche Stellen ins Budget ein, wenn noch nicht über die zukünftige Ausgestaltung des Stadtsitals entschieden ist.

Marion Schmid (SP): *Wenn Dr. David Garcia Nuñez (AL) sagt, es habe nie einen Auftrag gegeben, eine Auslagerung zu prüfen, stimmt das nicht. Diese Diskussion steht schon lange im Raum. Ein Ziel des Postulats, das den Bericht verlangte, war es, in dieser Frage Klärung zu schaffen. Das Postulat hat eine Mehrheit dieses Rats eingereicht und überwiesen. Die Fragestellung war: Wie kann man – nebst der Option einer Ausgliederung – im Rahmen einer Dienstabteilung mit erweiterten Kompetenzen Möglichkeiten und Handlungsspielraum für das Stadtsital schaffen? Es war eine klare Forderung des Parlaments, dies aufzuzeigen. Dass der Stadtrat für die eine oder die andere Option eine Stelle beantragt, ist nicht unüblich. Das gehört zu einer vorausschauenden Planung. Angesichts der doch sehr umstrittenen Thematik hätte er aber sagen können, er beantrage die Stelle dann im Dispositiv der Weisung. Falls man den Weg einer «DA PLUS» gehen möchte, liegt es auf der Hand, dass es Arbeit geben wird, da keine bewährte Rechtspraxis existiert. Wenn wir eine Änderung vornehmen, wird es diese Stelle brauchen und dann ist es auch gut, wenn der Stadtrat diese entsprechend beantragt.*

Julia Hofstetter (Grüne): *Dr. David Garcia Nuñez (AL), wir sprechen wirklich über die öffentlich-rechtliche Anstalt und darüber, ob das Stadtsital Dienststelle bleibt oder nicht. Wir reden darüber, weil es schon seit Jahren ein Thema ist und wir das ernst nehmen. Wir möchten zu einem Schluss kommen, hinter dem wir stehen können. Ist eine Entscheidung gefällt, wird das Thema vom Tisch sein. Doch jetzt möchten wir darüber sprechen. Auch finden wir die Schaffung dieser Stelle kein Drama.*

Florian Utz (SP): *Julia Hofstetter (Grüne), du hast gesagt, die Stellenschaffung solle vom Ausgang der Weisung abhängen. Das ist exakt der entscheidende Punkt und genau der Grund, weshalb die SP dieser Stelle heute nicht zustimmt. Wir möchten im Rahmen der Weisung die Möglichkeit haben, diese Stelle zu schaffen oder nicht. Wird die Stelle heute bewilligt, wird sie auch dann geschaffen, wenn der Gemeinderat die Ausgliederung bei der Ausgliederungsweisung ablehnt. Das hat STR Andreas Hauri in aller Klarheit kommuniziert.*

Michael Schmid (FDP) hält eine persönliche Erklärung zu den RPK-Grundsätzen zur Debattendisziplin.

Tiba Ponnuthurai (SP): *Ich möchte schon noch einmal betonen, dass der Stadtrat in der Antwort zur Stellenschaffung explizit von zwei Varianten spricht. Wir sprechen aber*



im Moment über drei Varianten. Was passiert, wenn wir eine Stelle schaffen? Wir schaffen gebundene Ausgaben, die wiederkehrend sind und die wir von linker Seite in der Regel nicht streichen. Sollte es also soweit kommen, dass wir uns gegen oder für eine Ausgliederung entscheiden, ist diese Stelle geschaffen und sie arbeitet für die zwei Varianten, für die mehr rechtliche Abklärungen nötig sind. Das ist das Problem bei diesem Antrag und der Grund, weshalb die SP diese Stelle nicht schaffen will, sondern zuerst den Entscheid zum Bericht abwarten will.

Sven Sobernheim (GLP) stellt den Ordnungsantrag auf Abbruch der Debatte: *Da Michael Schmid (FDP) Appell an die Vernunft offenbar nicht funktioniert hat, stelle ich den Ordnungsantrag auf Abbruch der Debatte und Abstimmen über diese beiden Anträge.*

Dr. David Garcia Nuñez (AL): *Die AL-Fraktion stellt sich gegen den Ordnungsantrag. Wir finden es erstaunlich, dass uns ausgerechnet jene Seite, die ständig von «Cancel Culture» spricht, das Wort verbieten will, wenn wir über die Gesundheitsversorgung dieser Stadt sprechen.*

Florian Utz (SP): *Wenn ein solch weitgehendes Geschäft im Rahmen einer Budgetdebatte behandelt wird, müssen die Fraktionen auch die Möglichkeit haben, ihre Meinung klar zum Ausdruck zu bringen. Deshalb lehnen wir den Ordnungsantrag ab.*

Monika Bättschmann (Grüne): *Wir sind überrascht über den Ordnungsantrag. Uns ist es sehr wichtig, dass wir über diese Stelle diskutieren, auch wenn wir noch nicht entschieden haben, wie wir mit dem Antrag des Stadtrats der besagten Weisung umgehen werden. Aber jetzt diese Diskussion einfach abubrechen, ist der falsche Weg. Wir werden den Ordnungsantrag deshalb ablehnen.*

Der Ordnungsantrag wird mit 58 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt. Die Debatte wird weitergeführt.

Lisa Diggelmann (SP): *Ich möchte betonen, dass der Entscheid über eine «DA PLUS» oder eine öffentlich-rechtliche Anstalt noch nicht gefällt wurde. Wenn wir jetzt eine Stelle schaffen und diese besetzen, sind das in Zukunft gebundene Ausgaben. Die angestellte Person wird den Auftrag haben, etwas umzusetzen, etwas, das wir vielleicht gar nicht wollen. Es ist irreführend. Die Bürgerlichen halten uns immer vor, wir würden Stellen auf Vorrat schaffen. Aber was wir heute sehen, ist eine Stellenschaffung der bürgerlichen Seite auf Vorrat.*

Moritz Bögli (AL): *Ich bin enttäuscht von meinen grünen Kamerad*innen, dass sie keine Position beziehen. Wir haben es mehrmals gehört: Wenn die Auslagerung abgelehnt wird, existiert die Stelle danach trotzdem. So wie es aussieht, wird sie im Nachgang dann nicht mehr gestrichen. Der Auftrag des Parlaments an den Stadtrat ist damit eigentlich gefasst: Plant die Auslagerung, weil wir von den Grünen dies anscheinend den richtigen Weg finden. Ich finde das sehr schade, es geht gegen die Gewerkschaften*



und gegen die Angestellten, die von diesen Gewerkschaften vertreten werden. Wir haben ein Stadtspital, das sowieso an einem schwierigen Punkt steht. Die Angestellten sind überlastet und arbeiten unter härtesten Bedingungen. Jetzt die Verwaltung und die Rechte des Spitals auf den Kopf zu stellen, hilft niemanden. So wird das Spital noch handlungsunfähiger. Auch der demokratische Input, der dadurch verloren ginge, wenn das Spital einmal ausgelagert ist, wird ein Nachteil für die Angestellten des Spitals sein. Wer die Stelle ins Budget stellt, impliziert, dass die Entscheidung bereits getroffen wurde. Sollte der Gemeinderat der Dispositivziffer 3 der Weisung zustimmen, kann der Stadtrat diese Stelle immer noch beantragen.

Dr. David García Nuñez (AL): *Ich erinnere mich an Zeiten, in denen eine solche Position der Grüne-Fraktion nicht infrage gekommen wäre. Sven Sobernheim (GLP), wir haben bei der Verwaltungsreform «7 statt 9» mit euch gestimmt. Wir sind der Meinung, dass der Stadtrat dringend eine Umstrukturierung braucht. Aber wir haben nie gesagt, dass er dies tun soll, indem er die Probleme, die er nicht bewältigen kann oder nicht versteht, loswird. Und noch ein Punkt: Gestern haben sich SVP und FDP über all die Gutachten enerviert, die die Stadt in Auftrag gibt. Hier böte sich eine gute Gelegenheit, um diese Expertenstellen nicht zu bewilligen, weil es offensichtlich in der Stadtverwaltung Leute gibt, die das tun könnten. Der Stadtrat hat das erst letztes Jahr bewiesen, indem er eine Stelle vom Triemli ins Departementssekretariat verschoben hat. Wir werden bei dieser Stelle sehr genau darauf achten, wer sie besetzen wird.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Ich bin von dieser Debatte beeindruckt. Gewisse Aussagen haben wirklich nichts mit dieser Stelle zu tun, um die es hier geht. Das Stadtspital leistet insgesamt hervorragende Arbeit. Es hat wahrscheinlich schweizweit die besten Arbeitsbedingungen, insbesondere in der Pflege. Das darf man so auch wertschätzen. Wir haben im Stadtspital aber auch ein spezielles Konstrukt. Es ist das einzige Spital in der Schweiz, das als Dienstabteilung einer Stadt funktioniert. Das ist eine spezielle Herausforderung für das Stadtspital Zürich. Wir kämpfen immer wieder mit Problemen und stehen an. Sie haben dem Stadtrat ein Postulat überwiesen, in dem Sie geschrieben haben, es gebe gute Gründe, dem Stadtspital mehr unternehmerische Freiheiten zu gewähren. Sie haben verlangt, dass wir zwei Varianten aufzeigen: die Variante der öffentlich-rechtlichen Anstalt, die der Stadtrat bevorzugt, und die Variante der Dienstabteilung mit erweitertem unternehmerischem Spielraum. Genau das haben wir getan und genau das wird im Moment in der Kommission diskutiert. Das Geschäft wird wahrscheinlich im ersten Quartal 2024 durch den Rat verabschiedet – in welcher Form auch immer. Mir war es ein Anliegen, von Anfang an sehr transparent zu kommunizieren. Der Stadtrat hat immer gesagt, seine bevorzugte Variante sei eine öffentlich-rechtliche Anstalt. Der Stadtrat hat aber auch immer gesagt, wenn das nicht möglich ist, brauchen wir gewisse Rahmenbedingungen innerhalb einer Dienstabteilung, die wir erweitern können. Das heisst: Wir wollen ein spezielles Konstrukt für das Stadtspital schaffen, weil es eben auch spezielle*



Anforderungen gibt. Genau das haben wir in diesem Antrag drin. Es ist jene Stelle, die wir entweder für die öffentlich-rechtliche Anstalt oder für die Dienstabteilung brauchen, damit wir sie so ausrichten können, dass wir den Anforderungen und Bedürfnissen gerechter werden können als dies heute der Fall ist. Ich bedaure es sehr, dass sich die SP hier keinen Ruck geben kann. Es passiert noch nichts Negatives, egal wie sich der Rat heute entscheidet. Es würde dem Stadtrat einzig ermöglicht, sofort loslegen zu können, sobald die Weisung verabschiedet wurde – mit welcher Variante auch immer. Zur AL muss ich sagen, es gab in dieser Debatte viele Fehlritte mit Falschaussagen, das kann man nicht alles im Detail kommentieren.

S. 244	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen
050.	Antrag Stadtrat				
				4 706 900	Mehrheit
					Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			169 500	4 537 400	Minderheit
					Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	AL: Keine Stelle für «Änderung Rechtsform Stadtpital / DA PLUS» SP: Über Ausgaben für die Vorbereitung einer Ausgliederung des Stadtpitals Zürich (STZ) soll gleichzeitig mit der Weisung GR Nr. 2023/239 als Nachtragskredit entschieden werden.		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 051.

Ausstand: Marita Verbali (FDP)

Wortmeldungen siehe Antrag 050.

S. 245	30	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT			
	3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat			
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
					Stimmen



20 / 26

051.	Antrag Stadtrat	860 000	Mehrheit	Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)	
		50 000	810 000	Minderheit	Tanja Maag Sturzenegger (AL) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Flo- rian Blättler (SP), Tiba Ponnuthurai (SP), Barbara Wiesmann (SP)
	Begründung:	AL: Kürzung des Beratungsaufwands für die Änderung der Rechtsform des Stadtspitals Zürich SP: Über Ausgaben für die Vorbereitung einer Ausgliederung des Stadt- spitals Zürich (STZ) soll gleichzeitig mit der Weisung GR Nr. 2023/239 als Nachtragskredit entschieden werden.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Tanja Maag Sturzenegger (AL) hält eine persönliche Erklärung zur Wortmeldung von STR Andreas Hauri in Antrag 050.

Dominik Waser (Grüne) hält eine persönliche Erklärung zum Verhalten der Medienschaffenden während der Budgetberatung.

Antrag 052.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tiba Ponnuthurai (SP): Die SP stellt den Antrag, Gelder in der Höhe von 480 000 Franken für die Umsetzung des Postulats GR Nr. 2022/676 ins Budget einzustellen. Das SP-Postulat forderte, dass Covid-19-Tests in der Stadt Zürich kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollen. Der Gemeinderat hat das Postulat dieses Jahr überwiesen. Die Covid-19-Pandemie ist bei Weitem noch nicht vorbei. Aktuelle Zahlen zur Virenlast im Abwasser zeigen, dass SARS-CoV-2-Viren wieder zunehmen. Wir wissen um die Gefahren, die das Virus mit sich bringt. Auch wenn lebensgefährliche Krankheitsverläufe durch die Impfung reduziert werden konnten, sind die Folgen von Covid-19 immer noch einschneidend für Betroffene und können über Jahre anhalten. Die Möglichkeit, einen verlässlichen Test machen zu können, ist wichtig. Je mehr Tests gemacht werden, desto eher können wir auch den Verlauf des Virus verfolgen und frühzeitig Massnahmen



ergreifen. Im September hat das GUD ein Pilotprojekt gestartet, das Zürcher*innen erlaubte, sich gratis und verlässlich testen zu lassen. Wir möchten dieses Gratis-Angebot möglichst schnell verstetigen, solange diese Pandemie andauert. Der Geldbeutel soll nicht darüber entscheiden, ob ein verlässlicher, im Labor überprüfter Test gemacht werden soll. Mit den beantragten Geldern kann das Gratis-Testangebot im nächsten Jahr weitergeführt werden. Eine Mehrheit der RPK stimmt dem SP-Antrag zu und so auch die SP-Fraktion. Leider ist es so, dass der Antrag heute an der Hürde der Ausgabenbremse scheitern wird. Im Rahmen der RPK-Beratung hat der Stadtrat aber gesagt, dass er die Möglichkeit sehe, das Pilot-Angebot bis im April 2024 mit Geldern von einem anderen Posten weiterzuführen. Wir befürworten diese Weiterführung. Der Stadtrat hat letzte Woche in der SK GUD berichtet, dass das Pilotprojekt gut funktioniert, die Zielgruppe erreicht werde und wir würden gerne wissen, dass trotz Scheitern des Antrags, verstanden wird, dass das Angebot möglichst schnell umgesetzt werden soll.

Martin Bürki (FDP): Die Minderheit ist mit dem Fahrplan des Stadtrats einverstanden. Es wurde vorhin gesagt, dass der laufende Pilotversuch noch weitergeführt werde. Wenn es darüber hinaus noch nötig wäre, könnten weitere Gelder über einen Nachtragskredit beantragt werden.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Busekros (Grüne): Die Grüne-Fraktion unterstützt den Budgetantrag. Wenn wir schon keine Massnahmen treffen, um die Leute aktiv zu schützen, sollen sich zumindest alle Personen in der Stadt Zürich in Eigenverantwortung schützen und sich gratis testen lassen können. Das hilft auch jenen, die sich nicht testen lassen.

Anna Graff (SP): Als Postulantin des Postulats GR Nr. 2022/676 möchte ich darauf hinweisen, dass wir kein Pilotprojekt verlangt haben. Natürlich ist es gut, dass es dieses Pilotprojekt gibt und damit eine Teilumsetzung des Anliegens des Postulats erfolgt. Für uns ist absolut klar, dass – auch angesichts des Erfolgs des Pilotprojekts – das Angebot unbedingt verstetigt werden muss. Nicht nur mit 50 Tests pro Tag und auch nicht nur an einem einzigen Standort, sondern an mehreren Standorten und ohne Beschränkung der Anzahl Tests. Die Realität dieses Winters gibt uns recht. Die meisten Leute, die krank werden, haben Covid-19. Das zeigen Abwassermessungen – und leider nicht die zu geringe Anzahl laborbestätigte Tests, da die Menschen diese Tests selber bezahlen müssen, wenn sie nicht von einem Arzt oder einer Ärztin angeordnet sind. An die Aussage des FDP-Sprechers, dass bei aufgebrauchtem Geld ein Nachtragskredit unterstützt werde, werden wir uns gerne erinnern, wenn es soweit ist.

Severin Meier (SP): Ich finde es fragwürdig, dass eine substantielle Minderheit dieses Rats offenbar vergessen hat, was in den letzten Jahren passiert ist. Gratis-Tests sind wichtig zur Früherkennung und Prävention. Sie helfen, die Verbreitung des Virus einzudämmen und insbesondere vulnerable Bevölkerungsgruppen zu schützen. Gratis-Tests



fördern zudem die Verantwortung und Solidarität in unserer Gemeinschaft. Weiter tragen sie zur wirtschaftlichen Stabilität, zum psychologischen Wohlbefinden und internationalen Zusammenhalt bei. Das Vertrauen in die Gesundheitseinrichtungen wird gesteigert, indem gezeigt wird, dass die Gesundheit ernst genommen wird. Ausserdem geben sie uns die Möglichkeit, rasch auf neue Varianten des Virus zu reagieren und angemessene Massnahmen zu ergreifen. Der Budgetposten ist im Vergleich zu den Auswirkungen einer neuen Pandemie doch sehr gering.

Yves Henz (Grüne): *Für die linke Seite ist klar, dass es Aufgabe der Politik ist, mitzuhelfen, damit es den Menschen gutgeht. Dazu gehört, gegen Infektionskrankheiten vorzugehen. Das ist eine Grundaufgabe der Politik, die wir mit diesem Antrag versuchen wahrzunehmen. Es ist nicht so, dass die Pandemie vorbei ist. Der Anteil der positiven Tests steigt und ist auf einem sehr hohen Niveau. Es gibt eine höhere Durchseuchung – das ist ein grosses Problem. Mit den Gratis-Tests können wir Infektionsketten unterbrechen und dafür sorgen, dass sich das Virus weniger verbreitet. Die Auswirkungen der vielen Krankheitsausfälle zeigen sich auch im ausgedünnten Takt des öffentlichen Verkehrs. Das ist in anderen Wirtschaftsbereichen auch so und stellt eine grosse Belastung für die Menschen dieser Stadt dar.*

S. 248	30 3010 3130 00 000	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Städtische Gesundheitsdienste Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
052.	Antrag Stadtrat			480 000	2 096 300 Minderheit	Martin Bürki (FDP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Sven Sobernheim (GLP), Johann Widmer (SVP)
				480 000	2 576 300 Mehrheit	Tiba Ponnuthurai (SP) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Barbara Wiesmann (SP)
		Begründung:	Bereitstellung von gratis Covid-19-Tests ab 2024 für die Zürcher Bevölkerung gemäss Beschluss des Gemeinderats (Postulat GR Nr. 2022/676)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Der Antrag scheitert jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse.



Antrag 053.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Florian Utz (SP): *In diesem Antrag geht es um die Gebührenerhöhung in den Alterszentren. Wir haben diese Debatte bereits ausführlich geführt. Ich möchte nicht alle Argumente wiederholen. Trotzdem erlaube ich mir den Hinweis, dass es aus Sicht der Mehrheit des Gemeinderats nach wie vor ungerecht ist, wenn Seniorinnen und Senioren jetzt mit einer Gebührenerhöhung von rund 6000 Franken pro Person belastet werden, ohne einer Form der sozialen Abfederung für den Mittelstand. Und dies, obwohl die Seniorinnen und Senioren massgeblich dazu beigetragen haben, dass es unserer Stadt heute finanziell so gut geht. In der damaligen Debatte tauchten vor allem zwei Gegenargumente auf. Einerseits wurde argumentiert, dass der Kostendeckungsgrad nicht mehr bei 100 Prozent liege und weil dieser gesunken sei, müssten die Gebühren erhöht werden. Das zweite Argument war, dass die privaten Alterszentren einen Wettbewerbsnachteil hätten und durch die Gebühren an die Wand gedrückt würden, da diese angeblich nicht kostendeckend seien. Die RPK hat zu beiden Gegenargumenten sehr ausführliche Fragen gestellt, wobei die Antworten interessant und mehr oder weniger aufschlussreich waren. Beim Kostendeckungsgrad argumentiert das GUD, dass dieser von über 100 Prozent auf unter 90 Prozent gesunken sei. Aufgrund der Antworten hat sich herausgestellt, dass es eine neue Art der Berechnung gibt. Es werden neue Kosten berücksichtigt, die vorher ausserhalb der Gebührenberechnung standen, weil man sagte, es sei eine öffentliche Aufgabe, die deshalb durch Steuergelder finanziert werden soll und nicht nur durch die Seniorinnen und Senioren. Es geht um die Kosten der Ausbildung. Diese werden neu den Seniorinnen und Senioren verrechnet. Allerdings haben wir keine Antworten erhalten, wie hoch diese Kosten sind, weil es diese Zahlen nicht gibt. Dasselbe gilt für die Arbeitseinsätze von Randständigen. Es ist richtig und wichtig, dass Alterszentren diese Arbeitseinsätze anbieten. Aber es ist aus unserer Sicht klar eine Aufgabe der Allgemeinheit und nicht etwas, das die Seniorinnen und Senioren finanzieren müssen. Zudem gelten andere Verteilschlüssel. Bei den Personalkosten zum Beispiel werden neu 10 Prozent statt 3 Prozent der gesamthaften Personalkosten auf die Pension umgerechnet. Das heisst, die Personalkosten für die Pension sind anteilmässig um den Faktor 3 gestiegen, während bei der Pflege der Anteil des Schlüssels gesunken ist. Es gibt verschiedene Faktoren, die neu festgelegt wurden und die dazu führen, dass der Kostendeckungsgrad angeblich gesunken ist. Aber es sind alles rechnerische Faktoren, die keine realen wirtschaftlichen Auswirkungen haben und deshalb keine wahnsinnig gute Begründung für eine Gebührenerhöhung darstellen. Vor allem aber braucht es zuerst Klarheit. Wir haben keine klaren Zahlen erhalten, wie hoch die Ausbildungskosten sind. Wir haben keine Zahlen erhalten, wie hoch die Kosten der Arbeitseinsätze sind. Zumindest über diese Zahlen müsste Klarheit herrschen, bevor man über eine Gebührenerhöhung spricht. In Bezug auf den Marktanteil wurde bisher immer argumentiert, die städtischen Alterszentren würden die privaten an die Wand fahren. Das Gegenteil ist wahr: Der Marktanteil der städtischen Alterszentren ist seit dem Jahr 2019 bis ins Jahr 2022 gesunken. Es lebten fast 10 Prozent weniger Einwohnerinnen und Einwohner in*



den städtischen Alterszentren. In den privaten ist der Anteil fast gleich geblieben. Auch hier beruht die Gebührenerhöhung auf anderen, falschen Annahmen. Der Rat hat bereits ein Postulat zur Prüfung des Verzichts der Gebührenerhöhung überwiesen. Trotzdem wurde angekündigt, dass diese Gebührenerhöhung durchgeführt wird. Das ist demokratiepolitisch schwierig und wir gehen davon aus, dass wenigstens diese Budgetkürzung akzeptiert wird.

Sven Sobernheim (GLP): Dieser Antrag ist reine Symbolpolitik. Die Rechnungen der Gesundheitszentren für das Alter wurden im Januar verschickt. Keiner der Betroffenen hat dagegen Rekurs eingelegt. Es waren alle Betroffenen damit einverstanden. Die einzigen, die damit nicht einverstanden sind, sind die jungen Menschen in diesem Ratsaal. In diesem Sinne: Tun sie es, aber es bringt nichts. Und als letztes muss ich noch sagen: Im Gegensatz zu den Varianten der ehemaligen STR Claudia Nielsen haben wir in diesem Fall keine gültige Verordnung. Wir können nicht auf die alte Verordnung zurückgreifen, weil es diese nicht mehr gibt. Die Gesundheitszentren für das Alter sind ein neues Konstrukt mit einer neuen Verordnung, die im Parlament abgeseget wurde.

Weitere Wortmeldungen:

Dr. David García Nuñez (AL): Die AL ist gegen die Erhöhung der Taxen. Die Finanzierung ist relativ unklar. Obwohl der Stadtrat eine Taxenerhöhung geplant hatte und obwohl er eine höhere Belegung der Gesundheitszentren vorgesehen hat, wäre der Deckungsgrad schlechter gewesen. Der Stadtrat sagt, das liege an den hohen Ausbildungskosten und dem Programm «Stärkung Pflege». Das heisst, man hat über Jahrzehnte hinweg nicht genug Pflegende ausgebildet oder dafür gesorgt, dass sie im Job bleiben. Und jetzt wälzt man diese Kosten auf die ältere Bevölkerung ab, anstatt sie gesellschaftlich zu tragen.

Julia Hofstetter (Grüne): Die Grünen möchten diesen Budgetposten kürzen. Wir haben das in früheren Debatten schon gesagt. Uns ist es wichtig, dass alte Menschen, wenn sie in einem Gesundheitszentrum für das Alter leben, noch den finanziellen Spielraum haben, um zum Beispiel ihre Enkeltochter auf ein Bier oder den Schwiegersohn auf Kaffee und Kuchen einzuladen. Wir möchten, dass Menschen in Zürich in Würde alt werden können und dazu gehört auch, dass sie selbstbestimmt über so viel Geld verfügen, dass sie zum Coiffeur gehen oder sich andere alltägliche kleine Freuden gönnen können. Wir halten die Gebührenerhöhung zurzeit für den falschen Weg. Zürich ist eine wohlhabende Stadt. Es ist ein Auftrag, dass wir zusammen für so wichtige Grundpfeiler der Gesellschaft wie Bildung, Gesundheit oder eben auch das Alter aufkommen.

David Ondraschek (Die Mitte): Die Vorlage des Stadtrats hat ganz klar auf das Kostendeckungsprinzip hingewiesen. In der Kommissionsberatung wurde explizit gesagt, dass eine Kostenerhöhung folgen wird. Der Rat hat dieser Vorlage zugestimmt. Jetzt zu argumentieren, die Erhöhung komme unerwartet oder sei nicht verhältnismässig, ist nicht nachvollziehbar. Deshalb ist es falsch, diese Erhöhung zurückzunehmen. Es lähmt die Arbeit des Stadtrats. Die Mitte ist klar dagegen.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Andreas Hauri: *Egal, wie sich die Taxen weiterentwickeln werden, alle älteren Menschen in der Stadt Zürich können in eine Altersinstitution der Stadt Zürich gehen – unabhängig von ihrer sozialen oder wirtschaftlichen Situation. Es ist auch so, dass ungefähr 50 Prozent aller Bewohnenden in den Altersinstitutionen Ergänzungsleistungen beziehen. Ich bin froh darum, dass alle, die in eine Altersinstitution wollen oder müssen, dies unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation tun können. Es ist aber auch allen klar, dass seit dem Jahr 2015 viel passiert ist. Die Kostenentwicklung muss ich nicht im Detail erläutern. Sie erfolgte an allen Orten und löste zusätzliche Kosten für die Gesundheitszentren für das Alter aus. Sie haben im letzten Dezember diese Verordnung verabschiedet. Darin ist klar festgehalten, dass auch wirtschaftliche Aspekte berücksichtigt werden sollen. Es wurde aber vor allem von unserer Seite angekündigt, dass es mit dieser neuen Verordnung auch Taxenanpassungen nach oben geben wird. Denn seit dem Jahr 2015 wurden keine Taxenanpassungen mehr gemacht. Und noch einmal: Taxenanpassung nach oben heisst, dass all jene, die sich die neuen Taxen nicht mehr leisten können, mit Ergänzungsleistungen unterstützt werden. Wir haben auch gesagt, dass die Kostendeckung nicht bei 100 Prozent liege. Entsprechend sind wir auch mit diesen neuen Taxen, die ab Januar gelten, nach wie vor unter diesem Wert. Wir haben immer noch günstigere Taxen in der Stadt Zürich. Ausserdem werden die neuen Taxen gebraucht, um die Ungerechtigkeiten innerhalb der Häuser auszugleichen oder abzubauen. Die neueren Häuser hätten im Vergleich zu den älteren überdurchschnittlich hohe Taxen haben müssen. Die verschiedenen Komfortstufen werden jetzt durch die Taxen ausgeglichen. Sie haben einen Brief von der Interessensgemeinschaft der privaten Altersinstitutionen erhalten. Dieser Brief sagt klar, dass man gleichlange Spiesse wolle. Das ist auch mir wichtig. Es sollen alle älteren Menschen in der Stadt Zürich wählen können, ob sie in eine städtische oder in eine privat-genossenschaftliche Altersinstitution gehen möchten. Der Preis darf für diesen Entscheid nicht matchentscheidend sein. Wir haben mit der Umsetzung angefangen und haben keine Rekurse erhalten. Es gab kaum Beschwerden von den Bewohnerinnen und Bewohnern und wir haben eine Übergangsbestimmung für jene, für die die Taxen überdurchschnittlich steigen. Der Anstieg wird dort in den nächsten Jahren abgedeckt, damit die Belastung nicht überdurchschnittlich hoch wird. Es ist ein faires System, das wir hier haben. Im Vergleich zu den privat-genossenschaftlichen oder gemeinnützigen Altersinstitutionen sind wir in der Preisgestaltung immer noch sehr attraktiv.*



26 / 26

S. 45	30 3025 PG 1	GESUNDHEITS- UND UMWELTDEPARTEMENT Gesundheitszentren für das Alter Wohnen, Betreuung und Pflege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
053.	Antrag Stadtrat				19 857 300	Minderheit
				14 200 200	34 057 500	Mehrheit
						Sven Sobernheim (GLP) Referat, Pärparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte)
						Präsidium Florian Utz (SP) Referat, Vizepräsidium Felix Moser (Grüne), Dr. Florian Blättler (SP), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Johann Widmer (SVP), Barbara Wiesmann (SP)
						Begründung: Keine Gebührenerhöhung in den Gesundheitszentren für das Alter

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 72 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 76, Beschluss-Nr. 2626/2023).

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat